

Bund Deutscher Rechtspfleger, Leipziger Str. 25a, 06712 Zeitz

Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz
Mohrenstr. 37
10117 Berlin

- nur per E-Mail: IIIA1@bmjv.bund.de

19. September 2018

Referentenentwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Umwandlungsgesetzes

Schreiben vom 29. August 2018 (III A 1-3501/26-36 241/2018)

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund Deutscher Rechtspfleger bedankt sich für die Gelegenheit, eine Äußerung zu dem Referentenentwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Umwandlungsgesetzes abgeben zu können.

Gegen die Änderung des § 122e UmwG (Möglichkeit des Verzichts auf den Verschmelzungsbericht, wenn die übernehmende oder neue Gesellschaft eine Personhandelsgesellschaft ist), haben wir Bedenken. Die Anwendung des § 8 Abs. 3 UmwG wurde bisher durch § 122e Satz 3 UmwG ausgeschlossen, weil der Bericht in diesem Fall nicht nur den Interessen der Anteilsinhaber, sondern bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen vor allem dem Arbeitnehmerschutz und als Informationsinstrument für die Arbeitnehmer dienen soll (Bayer in: Lutter, Umwandlungsgesetz, 5. Aufl. 2014, § 122e Rn. 1, 2; Mayer in: Widmann/Mayer, Umwandlungsrecht, Stand 01.04.2014, § 122e Rn. 1, 2). Zudem kann er auch der Information der Gläubiger dienen.

Kontakt

Antje Keilhaue
Bundesgeschäftsführerin
E-Mail: akeilhaue@bdr-online.de
Tel.: +49 (0) 173 3756614
Fax.: +49 (0) 3441 216087

Postanschrift

Bund Deutscher Rechtspfleger
Leipziger Str. 25a
06712 Zeitz
E-Mail: post@bdr-online.de

Wir können nicht erkennen, dass der Umwandlung insbesondere für die Arbeitnehmer im jetzt vorgesehenen Fall geringere Bedeutung zukommt.

Im Übrigen stimmen wir dem Entwurf zu.

Mit freundlichen Grüßen

Mario Blödtner
Bundesvorsitzender

Klaus Rellermeyer
stellvertretender Bundesvorsitzender